

Pro &amp; Contra:

# Sind Trump und MAGA ein Vorbild für uns?



**Joachim Paul**

*ist Mitglied der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz sowie ihr bildungs- und medienpolitischer Sprecher.*

„Mein Seminar ist politisch unkorrekt“, kündigte mein Dozent von der University of Massachusetts sein Hauptseminar über den Amerikanischen Bürgerkrieg damals an und schmunzelte dabei. Das war in den 90er-Jahren. Die Bedeutung des Begriffs im Kontext eines Kulturkampfes, der zu dieser Zeit die Hochschulen zu prägen begann, verstand ich sofort. Damals befand sich US-Präsident Bill Clinton auf dem Höhepunkt seiner Macht und Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“. All das mutet heute wie Lichtjahre entfernt an. Ich erzähle das, weil ich davon überzeugt bin, dass Europa und Nordamerika trotz aller geistigen und kulturellen Unterschiede sowie der historischen Hypothek, die auf den deutsch-amerikanischen Beziehungen lastet, einen Kultur- und Diskursraum bilden. Auch zukünftig wird es eine wechselseitige politische, ökonomische und kulturelle Beeinflussung geben.

Der Antagonismus zwischen dem angelsächsischen und dem deutschen Geist, wie ihn Autoren der Konservativen Revolution herausgearbeitet haben, ist Teil unserer (verschütteten) Identität. Er bleibt jedoch eingebettet in den viel größeren Rahmen jener großen Zivilisation, die die Europäer weltweit geschaffen haben und die die erfolgreichste der Menschheitsgeschichte ist.

Ein Blick auf die politischen Meilensteine der zweiten Amtszeit von Donald Trump, die für uns von besonderer Bedeutung sind: der öffentliche Angriff auf den deutschen Inlandsgeheimdienst, der als „Verfassungsschutz“ die rechte und demokratisch legitimierte Opposition attackiert. Und zwar explizit mit dem Hinweis,

**„Die im besten Sinne isolationistische Strömung des MAGA-Lagers befördert unsere Agenda.“**

dass der Missbrauch staatlicher Ressourcen zur Bekämpfung der Opposition als klassisches „Deep-State“-Szenario zu verurteilen sei. Darüber hinaus ist die Einstufung militanter Antifagruppen („Hammerbande“) als Terrororganisationen zu nennen. Die offizielle Infragestellung des „White-Guilt“-Narrativs unterstützt unseren Kampf gegen den giftigen Postkolonialismus, der unsere gemeinsame Identität angreift. Die Zahl der Geschlechtsumwandlungen unter Jugendlichen ist seit 2025 stark rückläufig, weil die US-Regierung das gewerbsmäßig betriebene Transitions(un)wesen legislativ nahezu zum Erliegen gebracht und zudem eine geistige Wende bewirkt hat. Nicht zuletzt ist der Einstieg in die bereits im EU-Staat Dänemark (MENAPT-Studie) angestoßene Evaluierung des ökonomisch-sozialen Impacts bzw. Footprints außereuropäischer Einwanderergruppen zu nennen.

Würde eine von der MAGA-Bewegung beeinflusste US-Regierung einer Emanzipation Europas im Wege stehen? Das ist nur schwer vorstellbar. Die im besten Sinne isolationistische Strömung des MAGA-Lagers befördert unsere Agenda. Gleichwohl bleibt die alte transatlantische US-Außenpolitik („Keep the Russians out, the Americans in, the Germans down“) natürlich eine Herausforderung – Stichwort „Nord Stream“. Der Anschlag auf unsere kritische Infrastruktur folgt allerdings einer alten Machtlogik, die Thukydides folgendermaßen beschrieb: Die Starken machen, was sie können, die Schwachen dulden, was sie müssen. Weder Putin noch Trump haben uns zum Abbau von

Hard Power gedrängt, zur Vergrößerung der energiepolitischen Abhängigkeit geraten oder dringend empfohlen, den Weg der Deindustrialisierung einzuschlagen. Der erste Schritt in Richtung mehr Souveränität ist also der Aufbau bzw. die Bewahrung eines industriell-militärischen Komplexes, der global bestehen kann. Dann wird sich zeigen, ob die strategischen Ausführungen von JD Vance und Marco Rubio, dass es weder in Europas noch im Interesse der USA sei, dass die Europäer „ewige Vasallen“ unter dem Schutzschirm der USA bleiben (Unherd, April 2025) belastbar sind. Angesichts der Gesamtschau des politischen Wirkens der Regierung Trump spricht vieles dafür.

# PRO

Der deutsche AfD-Politiker Joachim Paul und der österreichische Kommunikationsberater Heimo Lepuschitz diskutieren über den Umgang mit US-Präsident Donald Trump und das Verhältnis zu den USA.



## Heimo Lepuschitz

*ist politischer Kommunikationsspezialist und war Medienkoordinator der letzten ÖVP-FPÖ-Regierung. Er ist auf Strategieberatung, Public Affairs und Krisenkommunikation spezialisiert.*

Donald Trump spaltet die Gesellschaft wie kein Zweiter – auch das rechte Lager. Aber: Trump ist weder der Dämon, als den ihn seine Gegner zeichnen, noch der Messias, zu dem ihn seine Gläubigen verklären. Wer ihn ernsthaft analysieren will, muss beides aushalten: Ja, Trump hat politische Instinkte, die Europas saturierten Eliten völlig abgehen. Er versteht, dass Staaten Interessen haben und keine Freundschaften. Er begreift, dass ein ausgehöhlter Wohnungsmarkt, ausufernde Migration und endlose ideologische Selbstbeschäftigung eine Nation zersetzen. Und ja, seine Versuche, den Krieg in der Ukraine irgendwie an den Verhandlungstisch zu zwingen, waren zumindest der Ausdruck eines politischen Willens, den man in Brüssel oft schmerzlich vermisst. Aber genau darin liegt das Problem für Europa: Trump denkt amerikanisch, nicht westlich. Er lebt „America First“ nicht als Wahlspruch, sondern als Staatsdoktrin. Das ist aus Sicht der USA legitim, aus europäischer Sicht jedoch brandgefährlich. Denn während Washington an seiner eigenen Stärke arbeitet, zahlt Europa immer öfter die Rechnung. Bei Energie, beim Handel, bei Sicherheit, bei geopolitischen Erschütterungen. Die USA können an globaler Unruhe verdienen, als Rüstungsmacht, als Öllieferant, als politischer Taktgeber. Europa dagegen wird vom Mitspieler zum Zahlmeister degradiert.

Besonders deutlich zeigt sich das im Iran-Krieg. Was als Machtdemonstration verkauft wird, wirkt immer mehr wie ein Hasardspiel ohne Plan B. Trump gibt den John Wayne auf Koks, seine Ministercowboys reiten mit dem Lasso durch die Weltpolitik und behandeln souve-

räne Staaten wie störrische Rinder, die man einfängt, brandmarkt und dann der Herde vorführt. Das mag im amerikanischen Fernsehen nach Stärke aussehen. Strategisch ist es ein Vabanquespiel. Denn Kriege lassen sich anfangen, aber nicht beliebig kontrollieren. Wer militärisch eskaliert, ohne eine belastbare politische Endordnung mitzuliefern, produziert keine Stabilität, sondern nur neue Rechnungen für andere. Und diese anderen sitzen allzu oft in Europa. Damit hat Trump auch ein zentrales Versprechen gebrochen: jenes, keine neuen Kriege zu beginnen. Man kann die harte Linie gegen Venezuela noch aus der Logik der Monroe-Doktrin lesen: Einflusszone sichern, Ressourcen kontrollieren, Macht demonstrieren. Zynisch, aber innerhalb der imperialen Grammatik nachvollziehbar. Wenn jedoch der Eindruck entsteht, Washington könne sogar den Präsidenten eines souveränen Staates aus politischer Kränkung oder persönlicher Fehde heraus aus dem Verkehr ziehen, dann ist eine Grenze überschritten. Dann regiert nicht mehr Staatskunst, sondern Laune mit nuklearem Beifahrersitz.

Das alles wäre für Europa weniger bedrohlich, wenn Europa überhaupt geführt würde. Stattdessen stolpert eine Leyentruppe durch die Weltgeschichte: moralisch geschniegelt, strategisch verwahrlost, militärisch abhängig, wirtschaftlich erpressbar. Man predigt Werte und importiert Ohnmacht. Man hält sich für aufgeklärt und landet doch stets dort, wo andere Mächte einen haben wollen. Europas Moral ist oft situationselastischer als ein Gigolo, und genau deshalb ersetzt sie keine bismarcksche Interessenpolitik.

Die Konsequenz daraus ist unbequem, aber zwingend: Europa muss sich selbst wieder als Macht begreifen. Nicht als Seminarraum mit Fahnen, sondern als Supermacht starker, souveräner Staaten. Das heißt: eigene militärische Stärke, wirtschaftliche Resilienz, strategische Autarkie, flexible Bündnisse nach eigenem Nutzen. Die fanatische transatlantische Bindung gehört zurückgefahren, nicht aus Antiamerikanismus,

sondern aus nüchterner Selbsterhaltung.

Trump sollte man differenziert betrachten. Er ist ein amerikanischer Machtpolitiker mit Instinkt, Ego und Eskalationslust. Gerade deshalb dürfen Europäer ihn nicht bewundern, sondern müssen aus ihm lernen: Staaten haben keine Freunde. Staaten haben Interessen. Und in der Weltpolitik geht es am Ende nicht um Haltung, sondern um Macht. Nicht „Make America Great Again“ wäre derzeit das Gebot, sondern eher: „Make America Grounded Again“, also stabil, vernünftig, schlicht: gerdet.

**„Die fanatische transatlantische Bindung gehört zurückgefahren, nicht aus Antiamerikanismus, sondern aus nüchterner Selbsterhaltung.“**

COMMENTS